

Herbsttagung der Gemeindeammänner des Bezirks Muri

Gesundheitskosten belasten die Gemeinden

Die Spitalfinanzierung wird die Gemeinden ab 2012 mit durchschnittlich rund 8 Steuerprozent belasten. Darüber sind die Ammänner alles andere als erfreut.

Die Kosten des Gesundheitswesens waren das Thema Nummer eins beim Treffen der Gemeindeammänner mit der Gesamtregierung am Mittwoch in Sins (siehe Frontseite). Eine Woche zuvor hatten sich die Ammänner in Benzenschwil zur Herbsttagung getroffen und hauptsächlich darüber diskutiert. «Was da abgeht, ist unglaublich», stellte Obmann Paul Leu fest. Er illustrierte es am Beispiel seiner Gemeinde: In Auw steigen die Kosten für die Spitalfinanzierung innert Jahresfrist von 146'000 auf 262'000 Franken oder um 80 Prozent. Im Budget 2012 beanspruchten sie damit 6,9 Steuerprozent, 2011 waren es noch 4,1.

Folge der KVG-Revision

Damit befindet sich Auw noch am unteren Ende der Skala. Sins budgetiert im nächsten Jahr gar 9,2 Prozent des Steuerertrags für die Spitalfinanzierung, die übrigen Gemeinden bewegen sich irgendwo zwischen diesen Werten, wie eine Umfrage ergeben hat. «Es ist die Folge des neuen Krankenversicherungsgesetzes, das in Bern beschlossen wurde», erklärte Leu. «Den letzten beißen die Hunde. An den Kosten können wir nichts ändern, sie sind einfach da. Aber wir können und müssen unsern Unmut gegen die Kostenverschiebung nach unten kundtun.» Die Krankenkassen-Lobby sei im Bundesparlament halt viel stärker vertreten als jene der Kantone und Gemeinden. In der Diskussion stiess



Die Spitalfinanzierung bereitet den Gemeindeammännern Sorgen, das Thema kam auch am Treffen mit der Regierung in Sins aufs Tapet. Im Bild Departementschefin Susanne Hochuli im persönlichen Gespräch beim anschliessenden Apéro. Bild: Heinz Abegglen

denn auch die Tatsache auf allgemeines Unverständnis, dass die Gemeinden auf der einen Seite derart horrenden Kosten übernehmen müssen und andererseits die Krankenkassenprämien trotzdem weiter steigen.

Krankes Gesundheitswesen

Bereits die Auswirkungen des Pflegegesetzes haben zu erheblichen Mehrkosten bei den Gemeinden geführt, die Spitalfinanzierung verursacht nun einen weiteren Kostenschub. Wie Josef Etterlin ausführte, betrogen in Muri die gesamten Gesundheitskosten für Pflege, Spitex und Spital im Jahr 2008 noch 1 Millionen Franken, 2012 sind es 2,35 Millionen. «Das entspricht 18 Steuerprozent.» Pro Kopf und Monat, rechnete er vor,

mache dies 350 Franken aus. Würde alles über die Krankenkasse abgegolten, müsste eine vierköpfige Familie entsprechend mehr Prämien entrichten. «Das könnte der Normalbürger gar nicht mehr bezahlen.» Wenn man das Gesundheitswesen so haben wolle, koste es halt, und jemand müsse dafür aufkommen. «Wie die Verteilung zwischen Bund und Kantonen aussehen soll, ist natürlich eine andere Frage.»

Ausser Unmutsbekundungen haben die Gemeindeammänner dieser Entwicklung allerdings nicht viel entgegenzusetzen. «Wir sind machtlos», meinte etwa Detlef Conradin aus Benzenschwil, «es ist fast sinnlos, darüber zu diskutieren. Das Gesundheitswesen ist krank. Niemand will einen Abbau, die Krankenkasse zahlt einfach alles. Wenn nicht einmal die Politiker in Bern in der Lage sind, das Problem zu lösen, können wir es auch nicht.»

Verlagern statt sparen

Paul Leu sah dies ähnlich: «Es ist einfach, in Bern zu sagen, (wir müssen sparen). Sparen heisst im Klartext fast immer, die Kosten nach unten zu verlagern. Das ist aber nicht gespart. Diesen Appell müssen wir via Aarau nach Bern schicken.» Er störte sich auch daran, dass der Kanton Steuerfusserhöhungen bei den Gemeinden um bis zu zehn Prozent für zumutbar hält. «Der Kantonssteuersatz auf der andern Seite ist für die Regierung tabu. Wenn wir im Oberfreiamt für gute Steuerzahler aus den Nachbarkantonen attraktiv bleiben wollen, können wir die Steuerfüsse nicht zuoberst ansetzen.» Der Gemeindesteuerfuss sei für einen Wohnsitzentscheid wichtiger als jener des Kantons.

Psychomotorik-Therapie nur noch in Bremgarten

Seit zwölf Jahren steht in der pflegimuri ein Ambulatorium für Psychomotorik-Therapie zur Verfügung. Für das Angebot ist die St.-Josef-Stiftung in Bremgarten zuständig, die anfallenden Mietkosten im Betrag von 16'000 Franken hatte jedoch stets die Gemeinde Muri bezahlt. Per Ende März 2012 hat die pflegimuri die Räumlichkeiten gekündigt. Der Gemeinderat Muri wäre bereit gewesen, weiterhin entsprechende Therapieräume zur Verfügung zu stellen, sofern sich die übrigen Gemeinden an den Miet- und Nebenkosten beteiligen.

Unter den Gemeindeammännern herrschte allerdings klar der Tenor vor, es sei zumutbar, das im Josefsheim in Bremgarten ohnehin bestehende Angebot zu beanspruchen und dafür den weiteren Fahrweg aus den Dörfern im oberen Freiamt in Kauf zu nehmen. Deshalb soll künftig auf ein Ambulatorium in Muri verzichtet werden. In den Jahren 2007 bis 2009 hatten durchschnittlich 22 Kinder die Psychomotorik-Therapie im Klosterdorf besucht.

ÖV und Horbenstrasse

Im übrigen erörterten die Gemeindeammänner an ihrer Herbsttagung die Themen für das Treffen mit der Gesamtregierung am Mittwoch. Weil dafür lediglich zwei Stunden anberaumt waren, entschieden sie sich, die Schwerpunkte bei den Bereichen Gesundheit, Raumplanung, Schule und Finanzen zu setzen. Für die Koordination war Bezirksamtmann Urs Hoppler zuständig. «Die Regierung nimmt dieses Treffen sehr ernst und bereitet sich seriös darauf vor», betonte er.

In der Diskussion bemängelte Stefan Balmer aus Abtwil die schlechte Koordination beim öffentlichen Verkehr zwischen dem Kanton Luzern und dem oberen Freiamt. «Mit den Nachbarkantonen Zug und Zürich klappt die Zusammenarbeit gut, aber Richtung Luzern besteht eine Mauer.» Der Pendlerverkehr aus dem Seetal Richtung Abtwil und Sins nehme stetig zu, ein öV-Angebot sei indessen nicht in Sicht. Dem Beinwiler Ammann Albert Betschart bereitet der Zustand der Horbenstrasse Sorgen: «Wegen des grossen Einzugsgebietes ist sie stark frequentiert und wird entsprechend strapaziert. Sie ist in einem so schlechten Zustand, dass wir die Unterhaltskosten kaum mehr bezahlen können.» Er wünschte sich deshalb finanzielle Hilfe durch den Kanton beziehungsweise eine Umklassierung zur Kantonsstrasse.

Heinz Abegglen

Benzenschwil: Stets der Zeit voraus...

Mit der Fusion per Anfang 2012 mit Merenschwand gibt es Benzenschwil als selbständige Gemeinde nicht mehr. Aus diesem Anlass war die Herbsttagung der Gemeindeammänner hier anberaumt worden. In launigen Worten blickte der scheidende Ammann Detlef Conradin auf die wechselvolle Geschichte des Dorfes zurück. «Benzenschwil war der Zeit immer voraus», verkündete er mit Bezug auf historische Fakten. So wurde der Ort bereits 100 Jahre vor der Gründung der Schweiz erwähnt und trat 400 Jahre vor dem Aargau der Eidgenossenschaft bei. «Wenn man die Beschleunigung des Vorsprungs von Benzenschwil hoch-

rechnet, dauert es noch mehrere Jahrtausende, bis weitere Gemeinden im Bezirk Muri fusionieren», feixte er.

Benzenschwil freue sich darauf, ab nächstem Jahr zusammen mit Merenschwand wieder eine Gemeinde zu bilden, wie dies bereits früher der Fall war. Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert, als das halbe Dorf armengenössig war, gehe es uns heute finanziell gut. «Heute erhalten die Gemeinden zwar Geld, büssen aber immer mehr Selbständigkeit ein.» Damals sei es umgekehrt gewesen: Der Staat war praktisch inexistent, dafür hatten die Gemeinden grosse Freiheiten. (ab)